

Stimmen gegen den Krieg – Digest russischer Antikriegsproteste September 2026

Im Folgenden finden Sie eine Sammlung russischer Antikriegsproteste und Verfahren gegen Kriegsgegner im September 2026 ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Der Digest wird regelmäßig fortgeführt.

Präzedenzfälle

Gründerin einer Stiftung für schwerkranke Kinder wegen Antikriegs-Post verfolgt



Foto 1: Aleksandra Astachova, Mediazona

Foto 2: OVD-Info

Die Gründerin der Stiftung *Dom s majakom* (Haus mit Leuchtturm), Lida Moniava, veröffentlichte zum ersten Jahrestag der Vollenvasion einen Beitrag darüber, dass Russland Raketen, Panzer und Soldaten in die Ukraine schickt und dadurch Zivilisten sterben. Drei Jahre später wurde gegen sie ein Verfahren wegen Verbreitung von "Falschinformationen über die Armee" eingeleitet. Das Gericht verzichtete zwar auf eine Festnahme, verhängte jedoch bis zum 30. Oktober ein [Verbot bestimmter Handlungen](#): Sie darf zwischen 20:00 und 8:00 Uhr das Haus nicht verlassen, nicht mit Zeugen sprechen und das Internet nicht nutzen. Rund 300 Menschen, darunter Eltern mit behinderten Kindern, kamen zur Unterstützung vor das Gerichtsgebäude, wurden jedoch alle vom Gelände entfernt.

Moniavas Stiftung *Dom s majakom* hilft schwerkranken Kindern und jungen Erwachsenen bis 30 Jahren, vermittelt palliative und rehabilitative Hilfe. Nach Beginn des vollumfassenden Krieges gründete sie zusätzlich einen Fonds zur Unterstützung von Geflüchteten.

"Wir hätten nie geglaubt, dass der Einsatz für Frieden zu einem Verbrechen werden würde. Jetzt hat er sein eigenes Babyn Jar"



Der auf die russische Küche spezialisierte Kulinar-Historiker Pavel Sjutkin schrieb 2022 einen Beitrag über die Tragödie von Butscha und die Ereignisse in Kyjiv: "Kyjiv wurde bombardiert – Putins Krieg hat direkte Parallelen zu Hitlers Krieg. Jetzt hat er auch sein eigenes Babyn Jar. Butscha, das sind mehr als zweihundert erschossene Zivilisten: Frauen, Alte, Kinder.“ Das Verfahren wurde auf Denunziation des Z-Aktivisten Goscha Tarassevitsch eingeleitet. Sjutkin war am 7. September 2025 festgenommen worden und kam im Oktober darauf in Untersuchungshaft. Am 15. September 2026 nun [verurteilte](#) ihn ein Bezirksgericht in Moskau zu [sechs Jahren Strafkolonie](#) in allgemeinem Regime wegen "Öffentlicher Verbreitung von Falschmeldungen über die russischen Streitkräfte". In seinem letzten Wort vor Gericht sagte Pavel Sjutkin: "Ich bin froh, dass ich öffentlich die Meinung von Millionen Russen zum Ausdruck bringen konnte, die sich selbst angesichts der Vorherrschaft einer menschenfressenden Propaganda das Gewissen und die Ehre eines normalen Menschen bewahren konnten."

Die Stadt spricht

Aktion gegen Mobilmachung - ATESCH verteilt Flugblätter vom Ural bis zu den okkupierten Gebieten in der Ukraine



Mitglieder der Bewegung *ATESCH* haben eine [Aktion gegen die Mobilmachung](#) durchgeführt. Dazu klebten sie in [Städten Russlands](#) und in den besetzten Gebieten der Ukraine Flugblätter mit den Aufschriften "Vereitle die Mobilmachung. Tritt *ATESCH* bei", "Dein Leben gehört nicht dem Regime" und "Die Regierung führt Krieg – du kommst um". Die Materialien tauchten auf in Smolensk, Rjazan, Lipezk, Volsk, Birs, Jekaterinburg, Lysytschansk, in der Staniza Kanevskaja, in Ruzajevka, Orjol und im Gebiet Moskau.

Moskau, Krasnojarsk, Ekaterinenburg



Am 18. und 19. September brachten Aktivisten der Bewegung [OTPOR](#) (Gegenwehr) [Graffiti](#) an Gebäuden in Moskau, Krasnojarsk (Föderationskreis Sibirien) und Ekaterinburg (Föderationskreis Ural) an:

"Gib deine Stimme nicht für den Krieg!!!"

"Uns hat niemand angegriffen, die Heimat braucht keine Verteidigung!!!"

"Nein zur Mobilmachung"

"Werden auch die Kinder der Abgeordneten mobilisiert?"

Tscheljabinsk (Föderationskreis Ural)



Foto: 7 x 7

Am 19. September brachte in Tscheljabinsk Vladimir Juschakov von der Partei *Jabloko* in der Nähe mehrerer Wahllokale die [Aufschriften](#) "Make love not war" und "Frieden der Welt!" an. Am selben Tag nahm die Polizei Juschakov in der Nähe seines Wohnhauses fest. Auf der Dienststelle wurde er befragt, sein Telefon wurde beschlagnahmt, am nächsten Tag erhielt er es zurück. Es wurde kein Protokoll aufgenommen.

Sabotageakte

Sabotage an Funkmast im Gebiet Perm



Die Widerstandsgruppe *ATESCH* teilte mit, dass eines ihrer Mitglieder – ein russischer Soldat, der eigenmächtig seine Einheit verlassen und sich aus Ablehnung der russischen Politik dem Widerstand angeschlossen hat – [einen Funkmast](#) im Gebiet Perm (Föderationskreis Wolga) außer Betrieb gesetzt hat. Der Mast gewährleistete die Reserve-Kommunikation zwischen der Werkssicherheit der Raffinerie *LUKOIL-Permnefteorgsintez* und dem Militär. Seine Beschädigung störte die Kommunikation vor dem darauffolgenden Drohnenangriff auf das Unternehmen am 21. August.

Sabotageakt an Umspannwerk in Rybinsk



Die Bewegung *Objedinennyj Front Soprotivlenija* (Vereinigte Widerstandsfront) teilte mit, dass ihre Mitglieder am 4. August ein Umspannwerk in Rybinsk (Zentraler Föderationskreis) [außer Betrieb](#) gesetzt haben. Die Beschädigung der Energieversorgung betraf Unternehmen des militärisch-industriellen Komplexes, darunter *ODK-Saturn*, das Triebwerke für Militärflugzeuge herstellt, das Rybinsker Instrumentenbauwerk sowie die Werft *Wympel*.

ATESCH setzt Militär-Lokomotive in Brand



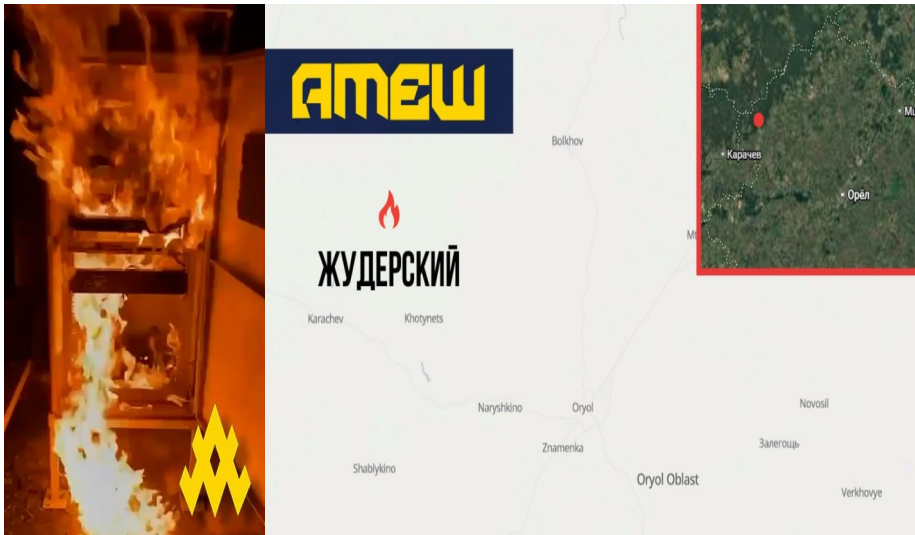
ATESCH hat die [Zerstörung einer Elektrolokomotive](#) in Brjansk (Föderationskreis Zentralrussland) gemeldet. Die verbrannte Lokomotive hätte einen Zug mit Munition, Waffen, technisches Gerät und Versorgungsgütern für das 1443. Motorisierte Schützenregiment, die 83. selbstständige Garde-Luftsturmbrigade und die 810. selbstständige Marineinfanteriebrigade in Richtung Sumy ziehen sollen. Die Sabotage habe den Fahrplan der Militärtransporte gestört und dazu gezwungen, die Nachschubrouten zu ändern. ATESCH betont, die Aktion sei mit Unterstützung eines russischen Soldaten durchgeführt worden, der sich gegen das Putin-Regime stellt.

Widerstandsbewegung OTPOR verbrennt Propaganda-Flugblätter in Voronezh



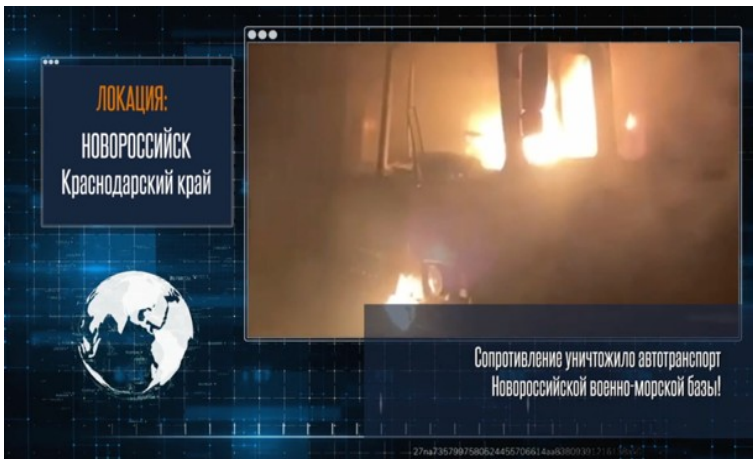
Aktivisten der zivilen Widerstandsbewegung OTPOR (Gegenwehr) haben in Voroneszh (Föderationskreis Zentralrussland) erneut eine Charge von [Propagandamaterialien vernichtet](#), die dazu aufrief, einen Vertrag mit der russischen Armee zu unterzeichnen.

ATESCH stört im Gebiet Orjol die Steuerung russischer Drohnen



Mitglieder von *ATESCH* melden die [Zerstörung eines Funkmastes](#) bei der Siedlung Zhuderskiy (Föderationskreis Zentralrussland). Das russische Militär nutzte den Mast für Kommunikation und Drohnensteuerung. Seitdem ist die Signalreichweite deutlich geringer und die Steuerungskanäle der Drohnen arbeiten weniger stabil. Die Operatoren müssen nun neue Standorte suchen und die Frequenzen neu einstellen. Solche Schäden können die Koordination der Drohnen erschweren und erfordern Zeit für Reparatur und Ersatzkanäle.

Svoboda Rossii zerstört mobiles Treibstofflager in Novorossiysk



Die Bewegung *Svoboda Rossii* (Freiheit für Russland) hat ein [mobiles Treibstofflager](#) auf dem Gelände eines Fuhrparks des Marinestützpunkts Novorossiysk (Föderationskreis Süd) zerstört. Wie Vertreter der Bewegung mitteilten, war die Anlage im Inneren eines Busses vom Typ PAZ eingerichtet, der zur verdeckten Treibstoffversorgung des Stützpunkts diente. Das Militär greift wegen des Treibstoffmangels und der Drohnenangriffe auf die Erdölverarbeitungsinfrastruktur zu dieser Transportmethode. Bei der Aktion wurden das Fahrzeug und 800 Liter Treibstoff zerstört.

ATESCH zerstört Umspannwerk



Ein Mitglied von *ATESCH* hat den Hauptverteilerschrank einer [Umspannstation](#) in der Nähe des Voronezher Werks für Halbleiterbauelemente *Sborka* zerstört. Wie die Bewegung mitteilt, stellt das Unternehmen integrierte Schaltkreise, Leistungshalbleiter-Schalter und Halbleiter für Raketen vom Typ Ch-101 sowie für die Systeme *Iskander-K* und *Panzir-S1* her. Nach Angaben der Widerstandsgruppe führte der Ausfall der Anlagen dazu, dass die Werkhallen ohne Strom waren, die Produktion um Wochen verzögert wurde und Lieferung von Komponenten ausfielen.

Sabotage stört Nachschub für südliche Truppenverbände der Russischen Streitkräfte



Mitglieder der Bewegung *ATESCH* haben eine Weiche auf einem Schlüsselabschnitt der Eisenbahn in Taganrog [zerstört](#). Wie Vertreter der Gruppe mitteilten, ist der Bahnhof der wichtigste Verteilerknoten der sogenannten Prijasovsker-Magistrale. Nach ihren Angaben wurde durch die Beschädigung der Fahrplan von Zügen mit Technik, Munition und Treibstoff gestört, die das Gebiet Rostov mit Mariupol, der Krym und dem südlichen Frontabschnitt verbinden.

Truppenteile des Südlichen Militärbezirks ohne Treibstoff



Die Bewegung *Kaukasische Partisanendivision* (KPD) hat in der Stadt Ust-Labinsk in der Region Krasnodar (Südlicher Föderationsbezirk) auf dem Gelände eines Tanklagers einen zentralen Schaltschrankraum für die Stromverteilung [in Brand gesetzt](#).

Wie die *Vereinigte Widerstandsfront* mitteilte, habe die Anlage die Pumpstationen, das Tanklager und die Systeme zur Treibstoffverladung mit Strom versorgt. Die Sabotageaktion habe einen Kurzschluss und einen Brand verursacht und dazu geführt, dass die Befüllung von Tankwagen für Truppenteile des Südlichen Militärbezirks ausgesetzt wurde. Bei den Rettungsdiensten und der regionalen Verwaltung des Katastrophenschutzministeriums wurde die Ursache des Vorfalls als Brand von Bauschutt und alten Konstruktionen bei Abrissarbeiten dargestellt.

Munitionszüge in Richtung ukrainische Front ausgesetzt



Die *Organisation des Frontwiderstands* (OFS) hat auf einem Abschnitt der Südostbahn bei Tambow (Zentraler Föderationsbezirk) einen Relaisschrank für Navigations- und Automatisierungssignale [in Brand gesetzt](#). Der Ausfall der Anlage führte zur Abschaltung der Ampelsignale, zur Blockierung der Weichenstellungen und zur Umstellung des Verkehrs auf manuellen Betrieb. Infolge der Sabotageaktion geriet der Fahrplan des Munitionszuges des Pulverwerks Kotovsk durcheinander,

und die Verlegung von Transportzügen mit Panzertechnik und Selbstfahrlafetten für den Südlichen Militärbezirk wurde ausgesetzt.

Drei Regimenter der russischen Streitkräfte ohne Munition



Die Widerstandsbewegung *ATESCH* hat vier Relaisschranken auf Bahnabschnitten in den Gebieten Voronezh, Novovoronezh, Liski und Ostrogozhsk in der Oblast Voronezh (Zentraler Föderationsbezirk) außer Betrieb gesetzt. Bei Telegram teilte *ATESCH* mit, dass diese Strecken für den Transport von Militärgütern in Richtung Liman genutzt werden. Die Beschädigung der Automatisierungstechnik habe die Lieferpläne für Munition und Gerät für das 1. und das 15. Garderegiment sowie das 254. motorisierte Schützenregiment durcheinandergebracht.

ATESCH zerstört Drohnenlager

Im Gebiet Sverdlovsk (Föderationsbezirk Ural) hat *ATESCH* ein Lager für unbemannte Fluggeräte zerstört. Die Technik sollte in das Kampfgebiet geschickt werden. Unter der zerstörten Ausrüstung befanden sich Hexakopter, die für den Transport von Munition und Nachschub sowie für Angriffe und die Fernverminung eingesetzt werden.

Verfolgungen

Gegner der Vollinvasion in die Ukraine: Aufnahme ins "Agentenregister"

Das russische Justizministerium hat am 4. September die Internetausgabe der *Novaja Gazeta* in das Register der "[Ausländischen Agenten](#)" aufgenommen. Als eine der Begründungen nannte das Ministerium, dass das Medium sich gegen die Invasion in die Ukraine ausgesprochen sowie "Falschinformationen" über Politik und Wahlsystem verbreitet habe. Zusammen mit der *Novaja Gazeta* erhielten wegen ihrer Antikriegshaltung auch der Dichter Sergej Lejbgrad, die Wissenschaftlerin Tatjana Tatarinova sowie die Zeitschrift *Istoritscheskaja Ekspertiza* den Status eines "Ausländischen Agenten".

Bewohner des Gebiets Murmansk wegen Antikriegs-Posts zu 12 Jahren Haft verurteilt

Ein Einwohner von Gadzhijevo (Nordwestlicher Föderationskreis) veröffentlichte im Februar und März 2022 in sozialen Netzwerken Material gegen die Invasion in die Ukraine sowie Aufrufe zu Cyberangriffen auf die russische Infrastruktur. Nach Darstellung der Ermittlungsbehörden veröffentlichte er zudem Anleitungen zu deren Durchführung. Ein Gericht in Murmansk verurteilte den Mann wegen "Hochverrats" zu [12 Jahren Strafkolonie](#). Das Urteil war bereits am 16. April gefällt worden, wurde jedoch erst am 3. September bekannt.

Moskauerin wegen Überweisung von Geld an die Ukraine zu 8 Jahren Haft verurteilt



Foto: NeedSpech

Die 56-jährige Masseurin Viktorija Potizkaja aus Moskau überwies ihrer in der Ukraine lebenden Schwester 7.000 Rubel (ca. 71,- Euro). Die Ermittlungsbehörden behaupteten, das Geld sei für die ukrainische Einheit Asov bestimmt gewesen. Ein Militärgericht verurteilte Potizkaja nun wegen "Finanzierung einer terroristischen Organisation" zu [8 Jahren Straflager](#) in allgemeinem Regime sowie einer Geldstrafe von 300.000 Rubel (ca. 3.065,- Euro). Vor Gericht bekannte sich die Frau

schuldig und erklärte die Überweisung mit ihrem schwierigen emotionalen Zustand aufgrund gesundheitlicher Probleme ihrer Angehörigen.

Äußerungen über den russischen Angriff auf die Ukraine: Häftling erhält Geldstrafe

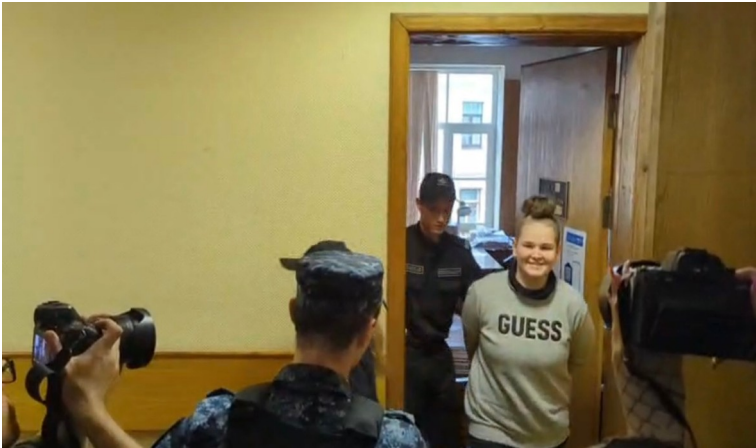
Ruslan Nesterov, der sich in der Untersuchungshaftanstalt SIZO-1 in Ulan-Ude (Fernöstlicher Föderationsbezirk) befindet, wurde für die Äußerung, dass das russische Militär die Ukraine angegriffen, ihr Territorium besetzt und Kriegsverbrechen begangen habe von einem Bezirksgericht in Ulan-Ude zu einer [Geldstrafe](#) von 30.000 Rubel (ca. 306,- Euro) verurteilt. Einer der bei dem Gespräch anwesenden Gefangenen, der einen Vertrag mit dem Verteidigungsministerium abgeschlossen hatte, übergab dem Gericht eine schriftliche Aussage. Die Anklage lautete: "Diskreditierung der Armee".

Berufungsverfahren bestätigt 7 Jahre Haft für Jabloko-Vizevorsitzenden Maksim Kruglov wegen Antikriegs-Posts



Das Moskauer Stadtgericht hat das Urteil gegen Maksim Kruglov, Vizevorsitzender der Partei *Jabloko*, [bestätigt](#): 7 Jahre Straflager wegen Verbreitung von "Falschinformationen über die Armee". Anlass für die Strafverfolgung waren zwei Antikriegs-Beiträge gewesen, die kurz nach Beginn der Vollinvasion veröffentlicht wurden: einer widmete sich den Ereignissen in Butscha, der andere getöteten ukrainischen Zivilisten. Kruglov bekannte sich nicht schuldig. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Anti-Kriegsaufschriften auf einer Ausstellung für den Krieg: Strafverfahren



Die 23-jährige Ariadna Litvinova brachte am 24. Februar 2025 die Aufschriften "Mörder", "Frieden für die Ukraine" und "Freiheit für politische Gefangene" auf zehn Konstruktionen einer Pro-Kriegsausstellung in St. Petersburg an. An den Ständen waren Z-Symbolik und Fotografien russischer Soldaten zu sehen. Litvinova gab zu, die Aufschriften angebracht zu haben, bekannte sich jedoch nicht der "Diskreditierung der Armee" für schuldig und erklärte, sie habe aus Angst vor Krieg und Gewalt gehandelt. Nach der Aktion wurde sie festgenommen, anschließend wurde ein Strafverfahren gegen sie eingeleitet. Litvinova war 2026 in die Türkei ausgereist und in Russland zur Fahndung ausgeschrieben worden. Man schob sie jedoch ab, bei ihrer Rückkehr nach Russland wurde sie [in Haft genommen](#). Die Verhandlung des Falls dauert an.

Kandidat der Partei *Jabloko* wegen Antikriegs-Post von 2022 festgenommen

In Moskau wurde der 22-jährige Artjem Snegovskij [festgenommen](#), Kandidat für die Staatsduma der Partei *Jabloko* im Wahlkreis Ljublino. Laut Angaben des Moskauer *Jabloko*-Verbandes wurde Snegovskij zur einer Polizeidienststelle gebracht, wo ein Protokoll wegen "Diskreditierung der Armee" für einen im Jahr 2022 veröffentlichten Beitrag aufgenommen wurde.

Angeblicher Aufruf Wehrämter anzuzünden und Putin zu töten: Denis Popov erneut verurteilt

Der politische Häftling Denis Popov aus Uglitsch (Föderationskreis Zentralrussland) ist [erneut verurteilt](#) worden. Ein Militärbezirksgericht hatte den 26-jährigen wegen "Öffentlicher Rechtfertigung des Terrorismus" ursprünglich zu neun Jahren Freiheitsentzug verurteilt, durch teilweise Zusammenrechnung mit der früheren Strafe beträgt die Gesamthaft nun zehn Jahre Strafkolonie. Popov soll zwei YouTube-Kommentare hinterlassen haben, in denen er zur Zerstörung von Brücken, zur Brandstiftung an Wehrrersatzämtern und zur Ermordung Vladimir Putins aufrief. Nach Darstellung der Ermittler veröffentlichte Popov die Kommentare von der Krankenstation der Strafkolonie aus mit einem Mobiltelefon, das ihm ein anderer Häftling zur Verfügung gestellt hatte.

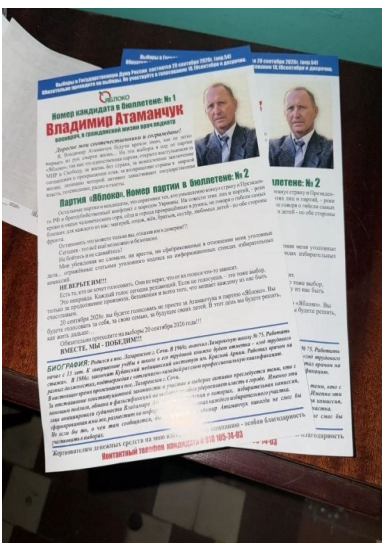
Sein Anwalt nannte die Anklage vor Gericht haltlos, verwies auf eine fingierte Verlegung seines Mandanten auf die Krankenstation und darauf, dass Dritte den Zugang zur Kommunikation organisiert hätten. Popov selbst bekannte sich nicht schuldig und erklärte, er habe kein Telefon gehabt.

Bewohner von Jaroslavl wegen Fotografierens von Soldaten-Gräbern verurteilt



Nach Darstellung der Ermittler besuchte der 48-jährige Nikolaj Schtscherbakov aus Jaroslavl (Föderationskreis Zentralrussland) seit Oktober 2024 regelmäßig einen Gedenkfriedhof und fotografierte und filmte dort Soldatengräber. Das gesammelte Material soll er an Vertreter ukrainischer Geheimdienste weitergegeben haben. Das Gericht sprach Nikolaj Schtscherbakov des "Hochverrats" für schuldig und verurteilte ihn zu [14 Jahren Strafkolonie](#).

Kritik am Krieg: Drohender Ausschluss bei den Wahlen



Der 74-jährige Staatsduma-Kandidat der Partei *Jabloko*, Vladimir Atamantschuk, hat ein Wahlkampfflugblatt mit Kritik an den Kriegshandlungen in der Ukraine herausgegeben.

Am 9. September wurde bekannt, dass die Partei *Die Grünen* beim Regionalgericht Krasnodar [Klage eingereicht](#) hat, um die Registrierung des Kandidaten aufzuheben. Das Gericht muss vor

Ende des Wahlkampfs entscheiden. Gibt es der Klage statt, wäre Atamantschuk der erste Kandidat in der Region Krasnodar, der aus diesem Grund von der Wahl ausgeschlossen wird.

Moskauer Unternehmer wegen Hochverrats zu 13 Jahren Haft verurteilt

Oleg Lysenko aus der Stadt Chrystalnyj im Gebiet Luhansk, hat nach Darstellung der Ermittler Geld auf ein Konto überwiesen, das mit den ukrainischen Streitkräften in Verbindung steht. Die Höhe der Summe machten die Sicherheitsbehörden nicht öffentlich. Im März 2025 nahmen Beamte des FSB Lysenko am Flughafen Zhukovskij fest. Zunächst verhängte ein Gericht 15 Tage Verwaltungsarrest wegen "geringfügigen Rowdytums", danach jedoch leiteten die Behörden ein Strafverfahren ein. Am 11. September verurteilte ein Moskauer Gericht Oleg Lysenko wegen "Hochverrats" zu [13 Jahren Strafkolonie](#) in strengem Regime und einer Geldstrafe von 450.000 Rubel (ca. 4800 Euro).

Informationen über Militärtransporte: 18 Jahre Straflager in strengem Regime



Ein 1977 geborener Einwohner des Gebiets Amur soll einem Telegram-Kanal Informationen über Militärtransporte auf der Transsibirischen Eisenbahn übermittelt und Geld an die Bewegung *Artpodgotovka* überwiesen haben. Nach Angaben des FSB wurde er von einem Vertreter einer proukrainischen Organisation angeworben, die vom ukrainischen Militärgesamtdienst GUR kontrolliert werde. Auf einem Video der Ermittler habe er bestätigt, Spenden und Nachrichten geschickt zu haben. Der Mann wurde im Oktober 2025 festgenommen. Das Gebietsgericht Amur verurteilte ihn nun wegen "Landesverrats", "Finanzierung extremistischer Tätigkeit" und "Beteiligung an einer extremistischen Organisation" zu [18 Straflager](#) in strengem Regime. Seine Identität wurde nicht offengelegt.

Gespräch mit einem Ukrainer: Geldstrafe



Foto: Україна-не-Росія / YouTube; stanislavzimin967 / Instagram

Der Aktivist und Jurist Stanislav Zimin aus Chabarovsk kritisierte in einem Chatroulette-Gespräch mit dem ukrainischen Streamer Serhii Kosjatschenko die russischen Behörden und nannte das Vorgehen der russischen Armee in der Ukraine verbrecherisch. Die Aufzeichnung erschien im August 2024 unter dem Titel "Abgeordneter aus Russland über Russland" auf dem YouTube-Kanal "Ukraine-ist-nicht-Russland". Im Januar 2026 stieß ein Mitarbeiter des FSB auf das Video, das bis dahin 34.000 Aufrufe hatte und kam zu dem Schluss, Zimin habe seinen Gesprächspartner davon überzeugen wollen, dass der Einsatz der Streitkräfte schlechte Ziele verfolge. Zimin bekannte sich nicht schuldig und erklärte, er habe der Veröffentlichung eines privaten Gesprächs nicht zugestimmt. Das Gericht verhängte gegen ihn eine Geldstrafe von 30.000 Rubel (ca. 318 Euro) wegen der "Diskreditierung der russischen Streitkräfte".

Gespräch im Straflager über Widerstandsgruppen: zusätzliche Haftstrafe für politischen Häftling



Nach Darstellung der Ermittler hat Dmitrij Ljabin, der wegen Brandstiftung an einem Militärkommissariat in der Vergangenheit bereits zu acht Jahren Haft verurteilt worden war, versucht, in der Strafkolonie Nr. 1 im Gebiet Kostroma andere Häftlinge zum Eintritt in die *Legion Svoboda Rosii* sowie in die Widerstandsgruppe *Objedinennyj Front Soprotivlenija* (Vereinigte Widerstandsfront) zu bewegen. Die Anklage stützte sich auf Audioaufnahmen von Gesprächen.

Ljamin erklärte, die Häftlinge hätten ihm von sich aus Fragen zu diesen Organisationen gestellt. Ein Militärbezirksgericht hat Dmitrij Ljamin jetzt wegen "Anstiftung zu terroristischer Tätigkeit" und "Landesverrats" zu [17 Jahren Freiheitsentzug](#) verurteilt. Unter Zusammenrechnung der Urteile beträgt die Gesamtstrafe 22 Jahre, von denen die ersten fünf Jahre im Gefängnis zu verbüßen sind.

Antikriegs-Beiträge: 500.000 Rubel Geldstrafe



Foto: Mediazona

Eduard Tscharov, Prediger aus dem Ural, ist zu einer [Geldstrafe von 500.000 Euro](#) (ca. 5.500 Euro) verurteilt worden. Er hatte eine Nachricht über die Brandstiftung an einem Militärkommissariat kommentiert mit "Diesen Bürger mit dem Orden des Mutes auszeichnen", Antikriegsbeiträge gepostet und einen Aufruf von Jevgenij Prigozhin am Vorabend des Aufstandes geteilt. In seiner Unterkunft gewährte er außerdem Russen Zuflucht, die sich vor der Mobilmachung versteckten. Der Prozess fand auf Antrag des Staatsanwalts unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, dieser hatte auf eine wachsende Torgefahr in der Region und auf Medienberichte über das Verfahren verwiesen und außerdem [7,5 Jahre Haft](#) wegen "Öffentlicher Rechtfertigung des Terrorismus" und wiederholter "Diskreditierung der russischen Streitkräfte" gefordert.

Vergleich russischer Regierung mit Nazis: Geldstrafe und Folter

Andrej Voloschin aus Ekaterinenburg kritisierte auf VKontakte die russische Regierung und verglich die Symbole Z und V mit nazistischen Symbolen. Er schrieb: "Es gab keine Voraussetzungen dafür, dass sie uns angreifen. Putin wollte nicht, dass die Ukraine den Russen ein Beispiel gibt, wie man auch ohne Diktatur leben kann, sondern zivilisiert ..." und "Die Nazis in Deutschland hatten auch Z und V." Nach Angaben von Menschenrechtlern wurde Voloschin von den Sicherheitskräften bei der Festnahme am 17. April mit Stromschlägen gefoltert, sie zogen ihm außerdem eine Tüte über den Kopf und schlugen ihn, um die Entsperrung seines Telefons zu erzwingen. Vor Gericht bekannte sich der ehemalige Rüstungsarbeiter schuldig. Das Gericht verhängte gegen den 42-Jährigen eine [Geldstrafe](#) von 150.000 Rubel (ca. 1.590 Euro) wegen wiederholter "Diskreditierung der Armee".

Erste Verurteilung wegen "Unterstützung des Feindes": 8,5 Jahre Straflager

Der Ukrainer Anton Demydenko überwies Geld an Fonds, die die ukrainischen Streitkräfte finanziell unterstützen. Seine Festnahme im Juli 2025 war der erste bekannte Fall, in dem der Ende 2024 ins Strafgesetzbuch aufgenommene Tatbestand der "Vertraulichen Zusammenarbeit mit einem ausländischen Staat oder einer ausländischen Organisation" angewandt wurde. Am 16. September 2026 verurteilte das Gebietsgericht Pskov den 26-Jährigen zu [8,5 Jahren Strafkolonie](#) in strengem Regime und 500.000 Rubel (ca. 5.300 Euro) Geldstrafe. Außerdem wurde sein Mobiltelefon eingezogen.

50 Dollar an die ukrainischen Streitkräfte: 12 Jahre Lagerhaft



Fanis Schajchytdinov aus dem Gebiet Kaluga (Zentraler Föderationsbezirk) überwies 50 US-Dollar zur Unterstützung der Streitkräfte der Ukraine. Nach seiner Festnahme gestand er die Tat. Das Gebietsgericht Kaluga verurteilte den 65-jährigen wegen Hochverrats zu [12 Jahren Strafkolonie](#) in strengem Regime und einem Jahr Freiheitsbeschränkung. Das Gericht ordnete außerdem an, sein Mobiltelefon zugunsten des Staates einzuziehen.

ATESCH-Flugblätter verteilt: 14 Jahre Lagerhaft



Foto vom Anwalt zur Verfügung gestellt

Sergej Kostenko aus Moskau klebte Flugblätter, in denen zum Beitritt zur Partisanenbewegung *ATESCH* aufgerufen wurde. Er erklärte, er habe den Krieg beenden und eine Frau, die er liebt, in der Ukraine schützen wollen. Der FSB nahm ihn fest und verhängte mehrere Verwaltungsarreste

wegen "Geringfügigem Rowdytum", währenddessen erhielten die Ermittler von ihm ein Geständnis. Im Dezember 2025 wurde er wegen "Teilnahme an der Tätigkeit einer terroristischen Organisation", "Öffentlicher Aufrufe zum Terrorismus" und "Tätigkeit gegen die Sicherheit des Staates" angeklagt. Vor Gericht bereute er nicht und sagte, er habe "einen friedlichen Himmel über dem Kopf und ein Ende des Sterbens auf beiden Seiten" erreichen wollen." Ein Militärgericht verurteilte den 51-Jährigen jetzt zu [14 Jahren Freiheitsentzug](#).

Kritik an russischer "Werbung für Mord": Festnahme

Eine Einwohnerin von Krasnodar nahm ein Video vor einem Wahlplakat auf, das zum Eintritt in die Drohneneinheiten der Armee der RF aufruft. Sie nannte diese Werbung für das Militär "Werbung für das Töten anderer Menschen" und sprach sich für den Frieden aus. Mitarbeiter des *Zentrums E* der Region Krasnodar ermittelten die Frau und nahmen sie fest. Auf der Polizeiwache wurde sie gefilmt, wie sie sich vor der Staatsflagge und dem Emblem der Behörde für ihre veröffentlichten Beiträge [entschuldigte](#). Das Video veröffentlichte der Telegram-Kanal *SMERSCH Kubani* mit dem Hinweis, der Festgenommene drohe eine Ordnungsstrafe wegen "Öffentlicher Diskreditierung der russischen Streitkräfte".

"Russen töten in der Ukraine Kinder"

Die 30-jährige Tatjana M. aus Tschernogorsk (Föderationskreis Sibirien) rief aus ihrem Fenster: "Russen töten in der Ukraine Kinder" und "Sie haben die Ukraine okkupiert". Eine Nachbarin nahm dies mit einem Diktiergerät auf und übergab die Aufnahmen der Polizei, drei weitere Hausbewohner bestätigten die Regelmäßigkeit der Handlungen von Tatjana M. Vor Gericht gab Tatjana ihre Schuld zu und begründete ihre Taten damit, dass sie wegen Alkoholgenusses die Kontrolle verloren habe. Ein Gericht verurteilte sie nun zu einer [Geldstrafe von 30.000 Rubel](#) (ca. 324,- Euro) wegen öffentlicher "Diskreditierung der Armee".

"Putin will, dass die Ukraine noch heftiger bombardiert wird"

Ein Bewohner aus Baschkortostan hat bei VKontakte einen Kommentar gepostet, in dem er Präsident Putin kritisiert: "Von Anfang an war klar, dass Putin gar nicht vorhat, einen Waffenstillstand einzuhalten, er hat das alles doch nur gebraucht, um die Ukraine noch heftiger zu bombardieren, er hat den Punkt, an dem er den Krieg noch hätte stoppen können, überschritten, man muss ihn jetzt stoppen!!!!" Bei der Verhandlung erkannte der Mann seine Schuld nicht an, erklärte, dass er sich an diese Worte nicht erinnern könne und möglicherweise einfach einen anderen Beitrag gelikt hatte. Ein Gericht verhängte nun eine Geldstrafe von [30.000 Rubel](#) (ca. 324,- Euro) wegen "Diskreditierung der Armee".

Kommentar zum Drohnenangriff: Festnahme



Anatolij Bytschkov aus dem Gebiet Kaliningrad (Nordwestlicher Föderationsbezirk) verfasste 2024 im Telegram-Kanal *Mychajlo Medvedev – Zombojaschtschik TV* einen billigenden Kommentar zu einem Drohnenangriff auf die Moskauer Raffinerie in Kapotnja. Am 18. September 2026 wurde er [festgenommen](#). Ihm wird "Öffentliche Aufforderung zu terroristischen Aktivitäten" sowie "Öffentliche Rechtfertigung bzw. Propaganda von Terrorismus" vorgeworfen. Bereits im November 2025 war sein 18-jähriger Stiefsohn Ilja Morev festgenommen worden, Ilja hat seit Kindheit eine Autismus-Diagnose. Laut Ermittlern soll er im Auftrag eines Vertreters der *Legion Freiheit Russlands* geplant haben, die Kirche des heiligen Demetrios von Thessaloniki in Laduschkin anzuzünden. Beide sitzen derzeit in der Untersuchungshaftanstalt SIZO-1 in Kaliningrad.

Spenden an oppositionelle Kanäle bei Telegram: 8 Jahre Lagerhaft



Foto: Website *Memorial*

Michail Antonovitsch aus Tjumen (Föderationsbezirk Ural) hinterließ kostenpflichtige Telegram-Sterne im Wert von 292,99 Rubel (ca. 2,25 Euro) unter Beiträgen in den Kanälen von Aleksandr Nevzorov, Taras Berezovets, Michael Nacke und Aleksandr Schpak. Die russischen Sicherheitsbehörden stufen diese Kanäle als terroristisch ein und werteten dies als "Terrorismusfinanzierung". Ein Bezirkskriegsgericht verurteilte den 57-Jährigen in einem nicht-öffentlichen Prozess zu [8 Jahren Haft](#) wegen "Terrorismusfinanzierung" und "Unterstützung des Feindes bei Handlungen gegen die Staatssicherheit".

"Eine Schande fürs Leben"

Anastasija Peregorodova aus Kirov (Föderationsbezirk Wolga) veröffentlichte auf Instagram zwei Videos. Im ersten kommentierte sie ein Video, in denen von der Front geschickte Geschenke ausgepackt werden, und nannte die Teilnahme am Krieg eine "Schande fürs Leben". Im zweiten sprach sie sich gegen Spendensammlungen und die Versorgung russischer Soldaten aus: "Ich gebe keine Kopeke, nichts, keinen Rubel zur Unterstützung dieser Veranstaltung." Ein Gericht in Kirov verhängte nun eine [Geldstrafe](#) von 30.000 Rubel (ca. 332 Euro) wegen "Diskreditierung der russischen Streitkräfte".

"Spionage" für die Ukraine: 19 Jahre Straflager

Laut Inlandsgeheimdienst FSB nahm eine 1991 geborene Einwohnerin des Gebiets Belgorod im Dezember 2023 über Telegram Kontakt zum ukrainischen Sicherheitsdienst SBU auf. Sie soll mehr als 40 Standortkoordinaten sowie Fotos und Beschreibungen von Militärtechnik, Luftabwehrsystemen und Militärlazaretten übermittelt haben, die später für Drohnenangriffe genutzt worden seien. Im Oktober 2025 wurde sie festgenommen. Das Gebietsgericht Belgorod sprach sie des "Hochverrats" für schuldig und verurteilte sie zu [19 Jahren Strafkolonie](#) in allgemeinem Regime, einer Geldstrafe von 200.000 Rubel (ca. 2.216 Euro) und einem Jahr Freiheitsbeschränkung.

Graffiti und Kommentare zur Unterstützung der *Legion Freiheit Russlands*: 15 Jahre Haft

Ein Einwohner von Komsomolsk am Amur brachte im Mai 2022 in einem Aufzug eines Wohnhauses eine Aufschrift mit Symbolen der *Legion Freiheit Russlands* an, fotografierte sie und gab das Foto laut Behörden an einen "Vertreter einer ausländischen Struktur zur Nutzung bei Aktivitäten gegen die Sicherheit des Staates" weiter. Im Juni 2023 hinterließ er zudem Online-Kommentare zur Unterstützung der Legion. Sein Name wurde nicht genannt. Ein Bezirkskriegsgericht verurteilte ihn wegen "Hochverrats" und "Öffentlicher Rechtfertigung von Terrorismus" zu [15 Jahren Strafkolonie](#) in strengem Regime, eineinhalb Jahren Freiheitsbeschränkung und einem dreijährigen Verbot, Websites zu verwalten.

Übersetzung: Nicole Hoefs-Brinker